

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

***Gesundheit hat Vorrang: Luftreinhaltung nicht nur planen, sondern realisieren***

Mit dem vom Senat am 31. Oktober 2006 vorgelegten Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Stadt Bremen werden die an vielen Stellen der Stadt zu hohen Schadstoffwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxide erfasst und bewertet. Ziel der europarechtlich erforderlichen Planung ist aber vor allem zu gewährleisten, dass durch die Einhaltung der Grenzwerte der Gesundheitsschutz Vorrang hat. Insbesondere die Stadtteile, die erheblichem Lkw-Verkehr ausgesetzt und eng bebaut sind, sind sehr hoch mit Feinstäuben belastet. Besonders hohe Belastungswerte werden im Bereich der Neuenlander Straße und Am Dobbenweg/Bismarckstraße gemessen. Dort wurde der Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft das zweite Jahr hintereinander zu häufig überschritten.

Überschreitungen der Grenzwerte für Stickstoffdioxid, die ab dem Jahr 2010 gelten, gab es an einer Vielzahl von Straßen. Nach einer Hochrechnung, welche Gebiete noch belastet sein könnten, gibt es erheblichen Handlungsbedarf in der gesamten Stadtgemeinde.

Feinstaub löst Atemwegs- und Herz-Kreislaufkrankungen sowie Lungenkrebs aus. Die Weltgesundheitsorganisation setzte ihre Richtwerte dreifach niedriger an als die aktuellen EU-Vorgaben. Auch die Stickoxide gelten als Gesundheit gefährdend und können Asthma und Lungenerkrankungen verursachen.

Die bisherigen Maßnahmen gegen die hohe Schadstoffbelastung haben keinerlei Wirkung gezeigt. Weder das „Abspülen“ der Neuenlander Straße noch zusätzliche Auflagen für die Baustellenüberwachung, um Stäube zu verhindern, bilden sich in einer tatsächlichen Senkung der Feinstaubwerte ab. Deshalb sind Sofortmaßnahmen, wie z. B. die Errichtung von Umweltzonen, mehr als überfällig. Sie müssen umgehend realisiert und durch eine längerfristige Umorientierung hin zu einer umweltfreundlicheren Verkehrspolitik flankiert werden. Die Anwohnerinnen und Anwohner der Neuenlander Straße auf die Fertigstellung der A 281 zu vertrösten ist nicht akzeptabel. Grundsätzlich ist damit zu rechnen, dass Betroffene ihr Recht auf Einhaltung der Grenzwerte einklagen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft nimmt den Luftreinhalte- und Aktionsplan zur Kenntnis und erwartet vom Senat eine zügigere Umsetzung der Maßnahmen zur Luftreinhaltung.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, der Stadtbürgerschaft bis zum 31. Januar 2007 aktualisierte Aktionspläne für die beiden Gebiete vorzulegen, die regelmäßig die Feinstaub- und Stickstoffdioxid-Grenzwerte überschreiten. Für diese Pläne wird der Senat gebeten, die Errichtung von großräumigen Umweltzonen mit Einschränkungen des Verkehrs für besonders Luft verschmutzende Fahrzeuge festzulegen, weil die Unwirksamkeit der bisher ergriffenen Maßnahmen deutlich ist.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, den Ausbau des Concordiatunnels und der Schwachhauser Heerstraße mit zwei vollwertigen Kfz-Fahrspuren je Fahrtrichtung zu unterlassen.

Dr. Karin Mathes, Karin Krusche, Dr. Matthias Güldner,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen